



Antrag für ÜEA-Provider

ANTRAG

zur Aufnahme als Provider für Überfall-/Einbruchmeldeanlagen bzw. sonstige Anlagen für Notfälle/Gefahren mit Anschluss an die Polizei (ÜEA-Provider) gemäß Pflichtenheft für ÜEA-Provider (Pfh) in das **bundesweite Verzeichnis** für ÜEA-Provider

Unternehmen (Stempel)

Beantragt wird die Zulassung als ÜEA-Provider für das Bundesland:

1 Antragsteller

Name des Unternehmens (*vollständige Bezeichnung*)

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Fax

E-Mail-Adresse

URL der Webseite

2 Unternehmensform

(z. B. Einzelunternehmen, GbR, GmbH, KG, OHG)



3 Eintragung im Handelsregister

Ist das Unternehmen im Handelsregister eingetragen? Ja Nein
 (Wenn ja, Auszug aus Handelsregister in Kopie beifügen)

4 Gesetzlich Verantwortliche/r

4.1 1. Verantwortlicher	4.2 2. Verantwortlicher
Name, Vorname	Name, Vorname
Straße	Straße
PLZ, Wohnort	PLZ, Wohnort
Geburtsdatum, Geburtsort	Geburtsdatum, Geburtsort

*(z. B. bei Einzelunternehmen: Inhaber, bei GmbH: Geschäftsführer, bei KG: Komplementär, bei GbR bzw. OHG: Gesellschafter)
 (Bei weiteren Personen, Aufführung auf einem gesonderten Blatt fortsetzen. Führungszeugnis/se beifügen).*

5 Hauptgewerbe des Unternehmens

(aktuelle Gewerbeanmeldung in Kopie beifügen)

6 Unternehmensbereich Notruf- und Serviceleitstelle

6.1 Abwicklung der technischen Dienstleistung über zwei zertifizierte AES nach DIN EN 50518 an unterschiedlichen Standorten gemäß Nr. 2.1 der Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie:

Primäre AES zum eigenen Unternehmen gehörend Ja Nein

Wenn nein: Primäre AES des Kooperationspartners _____

Standort der primären AES _____

Sekundäre AES zum eigenen Unternehmen gehörend Ja Nein

Wenn nein: Sekundäre AES des Kooperationspartners _____

Standort der sekundären AES _____

(Dokumente/Zertifikate der Zertifizierung/en in Kopie beifügen)



6.2 Betreiben einer eigenen zertifizierten NSL gemäß DIN VDE V 0827-11 bzw. in der Einführungs-/Übergangsphase der Norm nach der Richtlinie VdS 3138 (siehe Nr. 2.2 der Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie):

Wahrnehmung des primären Alarmdienstes (AD) durch eigene NSL Ja Nein

Standort der primären NSL mit AD _____

Wahrnehmung des sekundären Alarmdienstes durch die eigene NSL Ja Nein

Wenn nein: Sekundäre NSL des Kooperationspartners _____

Standort der sekundären NSL mit AD _____

Sekundäre NSL ist ständig besetzt Ja Nein

Wenn nein: Entsprechende Ersatzmaßnahmen für den Ausfall des AD sind gemäß Nr. 2.2, 3. Absatz, der Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie sind gewährleistet Ja Nein

(Dokumente/Zertifikate der Zertifizierung/en in Kopie beifügen)

6.3 Alarmübertragung zur Polizei ausschließlich über zertifizierte Schnittstellen und mittels Übertragungsprotokollen gemäß Richtlinie VdS 2465 unter Einhaltung der DIN EN 50136?

Ja Nein

(entsprechende Dokumente/Zertifikate in Kopie beifügen)

6.4 Ständige telefonische Erreichbarkeit durch Personal in sehr gutem Deutsch in Wort und Schrift

Ja Nein

Telefonische Erreichbarkeit: _____

Erreichbarkeit per E-Mail: _____

Die telefonische Erreichbarkeit von AD, AES, Notdienst bzw. sekundärem AD, sekundärer AES ist gemäß Nr. 2.3 der Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie über die vorstehende Rufnummer ist gewährleistet

Ja Nein

7 Hauptbetrieb/Zweigbetrieb

Handelt es sich bei dem Antragsteller um einen Zweigbetrieb? Ja Nein

Wenn ja, Anschrift des Hauptbetriebes angeben:

(Aufführung ggf. auf einem gesonderten Blatt fortsetzen)



8 Erklärung

Der Antragsteller erklärt, dass er

- alle Fragen in diesem Antrag wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet hat,
- jede Änderung/Ergänzung in Bezug auf die in diesem Antrag getätigten Angaben der für das Bundesland des Antragstellers (Sitz des Unternehmens) zuständigen Polizeibehörde unaufgefordert und unverzüglich mitteilt,
- die im Pflichtenheft für ÜEA-Provider (Pfh) und der ÜEA-Richtlinie enthaltenen Forderungen sowie die Anforderungen der in Nr. 2.2 des Pfh und in Nr. 2 der Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie angeführten Regelwerke in der jeweils neuesten Fassung sowie die anerkannten Regeln der Technik einhält,
- mit der Aufnahme in das bundesweite Verzeichnis keine unzulässige Werbung betreibt (siehe hierzu Nr. 2.4 des Pflichtenhefts).

Der Antragsteller erklärt weiterhin, dass er davon Kenntnis genommen hat, dass

- eine weitere Bearbeitung dieses Antrages nur dann erfolgt, wenn die Aufnahmebedingungen erfüllt sind und alle erforderlichen Nachweise vorgelegt wurden,
- bei einem späteren Verstoß gegen die in den Aufnahmebedingungen enthaltenen Forderungen die Eintragung in dem bundesweiten Verzeichnis gelöscht wird,
- sich die Pflicht zur Kostentragung nach dem landesspezifischen Verwaltungskostenrecht richtet.

9 Beigefügte Unterlagen/Nachweise

Der Antragsteller

- bestätigt, dass die unternehmensspezifisch erforderlichen, nachfolgend angekreuzten und eingereichten Unterlagen/Nachweise gültig sind sowie dem aktuellen Stand entsprechen und
- erkennt an, dass unvollständig eingereichte Unterlagen, die nach schriftlicher Mitteilung durch die für das Bundesland des Antragstellers (Sitz des Unternehmens) zuständigen Polizeibehörde nicht innerhalb von 6 Wochen vervollständigt wurden, vernichtet werden können.

Art der Unterlage bzw. des Nachweises	zugehörige Nummer im Antrag	beigefügt	beantragt
Auszug aus dem Handelsregister in Kopie <i>(soweit zutreffend)</i>	3	<input type="checkbox"/>	
Führungszeugnis/se der/des gesetzlichen Vertreter/s unter Nr. zur Vorlage bei einer Behörde beantragt <i>(siehe Anmerkung)</i>	4		<input type="checkbox"/>
Technische Dienstleistung durch zwei AES an unterschiedlichen Standorten	6.1	<input type="checkbox"/>	
Betreiben einer eigenen NSL mit Alarmdienst	6.2	<input type="checkbox"/>	
Einsatz von Geräten und Verwendung von Übertragungsprotokollen gemäß Richtlinie VdS 2465 unter Einhaltung der DIN EN 50136	6.3	<input type="checkbox"/>	

Anmerkung: Das/Die Führungszeugnis/se ist/sind zeitgleich mit der Antragstellung und in Abstimmung mit der/den betroffenen Personen als „Führungszeugnis/se zur Vorlage bei einer Behörde“ nach §30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz zu beantragen. Das/Die Führungszeugnis/se werden von der Meldebehörde dem Landeskriminalamt unmittelbar übersandt. Um Irrläufer beim Versand zu vermeiden ist der Meldebehörde die vollständige Adresse der für das Bundesland des Antragstellers (Sitz des Unternehmens) zuständigen Polizeibehörde inklusive der Angabe des Akten-/Geschäftszeichens zu übermitteln.



10 Einwilligungserklärung

Ich erkläre, dass ich die landes-/behördenspezifischen Datenschutzhinweise (Anlage 12 der ÜEA-Richtlinie) erhalten habe und willige ein, dass meine personenbezogenen Daten, wie in den Datenschutzhinweisen erläutert, zu Bearbeitungs- und Überprüfungszwecken von der Polizei verarbeitet, insbesondere gespeichert und abgeglichen werden dürfen.

Hinweis: Diese Daten werden getrennt von den Daten Tatverdächtiger gespeichert.

Ort, Datum

Unterschrift der unter Nr. 4.1 aufgeführten Person (Name in Klarschrift hinzufügen)

Unterschrift der unter Nr. 4.2 aufgeführten Person (Name in Klarschrift hinzufügen)

Weitere Unterschrift/en der zu Nr. 4 aufgeführten Person/en (Name/n in Klarschrift hinzufügen)

Ich erkläre, dass ich die landes-/behördenspezifischen Datenschutzhinweise (Anlage 12 der ÜEA-Richtlinie) erhalten habe und willige ein, dass der Adressennachweis mit Nennung der in diesem Antrag angegebenen Unternehmensdaten in öffentlichen Medien (z. B. im Internet, zum Download als pdf-Dokument) bzw. in entsprechenden Printmedien (z. B. zur Auslage in Polizeidienststellen) veröffentlicht werden darf.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

Ich bestätige die Richtigkeit der in diesem Antrag enthaltenen Angaben und willige ein, dass die enthaltenen Angaben zur Abwicklung der entsprechenden Verträge als ÜEA-Provider, wie in den Datenschutzhinweisen erläutert, verarbeitet werden dürfen.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers